

16.408

Parlamentarische Initiative Jositsch Daniel. Mindeststrafen bei sexuellen Handlungen gegenüber Kindern unter 16 Jahren

Initiative parlementaire Jositsch Daniel.

Actes d'ordre sexuel avec des enfants de moins de 16 ans.

Instaurer des peines planchers

Abschreibung – Classement

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.19 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 15.09.21 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.22 (Abschreibung – Classement)

14.311, 16.408
Abgeschrieben – Classé

17.3992
Abgelehnt – Rejeté

22.3369

Motion RK-S. Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel

Motion CAJ-E.

Nouveau plan d'action national, amélioré, contre la traite des êtres humains

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.22

17.3992

Motion Fehlmann Rielle Laurence.

Definition von Vergewaltigung im Schweizer Recht.

Das Gesetz muss geändert werden!

Motion Fehlmann Rielle Laurence.

Définition du viol en droit suisse.

La loi doit changer!

Nationalrat/Conseil national 16.03.18

Nationalrat/Conseil national 17.09.18

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.22

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt einstimmig, die Initiativen 14.311 und 16.408 abzuschreiben und die Motion 17.3992 abzulehnen.

Sommaruga Carlo (S, GE), pour la commission: Je serai relativement bref.

Les trois objets sont en relation avec le sujet que nous avons traité tout à l'heure, à savoir la question du droit pénal sexuel (18.043).

L'initiative du canton de Genève vise à élargir la notion de viol et la motion Fehlmann Rielle poursuit le même objectif. L'initiative parlementaire Jositsch vise quant à elle la question des peines. Tous ces objets ont été traités dans le cadre du débat général que nous avons eu et les questions qu'ils soulèvent ont été tranchées puisque nous avons adopté au vote sur l'ensemble la révision du droit pénal sexuel.

Je vous prie donc de suivre la commission qui vous invite à ne pas donner suite à l'initiative du canton de Genève, à rejeter la motion Fehlmann Rielle et à ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Jositsch.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Sind Sie mit dem Antrag der Kommission, die Motion abzulehnen, einverstanden?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich glaube, die Motion ist überholt, sie stammt aus dem Jahr 2017. Der Bundesrat schliesst sich Ihrer Kommission an, nachdem die Beratungen über die Frage der Strafrahmenharmonisierung in diesem Bereich geführt wurden.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Annahme der Motion.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Namens der einstimmigen Kommission für Rechtsfragen bitte ich Sie um Unterstützung unserer Motion 22.3369, "Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel". Diese entstand anlässlich der Beratung der Motion Streiff 19.3265. Die Motion Streiff verlangt zusätzliche Bundesmittel für die kantonele Strafverfolgung im Bereich des Menschenhandels. Unsere Kommission war skeptisch, ob die Kantone wirklich mehr Mittel bräuchten, und wollte diesbezüglich den in Aussicht stehenden Bericht "Bekämpfung von Menschenhandel im kantonalen Kontext" abwarten. Dieser Bericht wurde uns für Mitte 2022 in Aussicht gestellt. Deshalb haben wir die Behandlung der Motion Streiff sistiert.

Hingegen zeigt die Evaluation des zweiten Nationalen Aktionsplanes gegen Menschenhandel gemäss Evaluationsbericht vom 27. September 2021 noch einigen Handlungsbedarf: Von 28 Massnahmen seien 20 umgesetzt worden, heisst es darin, 2 seien gemäss Evaluationsbericht teilweise und 6 noch ungenügend umgesetzt. Der Evaluationsbericht zeigt die Notwendigkeit eines weiteren, dritten Aktionsplanes auf. Dieser soll sich auf diejenigen Bereiche konzentrieren, bei welchen weiterer Handlungsbedarf besteht. Dazu gehört insbesondere der Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft. Auch die Strafverfolgung und die Opferunterstützung sollen weiter gestärkt und der Bereich Cybercrime neu berücksichtigt werden.

Gemäss Aussagen des Fedpol in unserer Kommission und gemäss der bundesrätlichen Stellungnahme wurde die Erarbeitung eines dritten Aktionsplanes bereits initiiert. Zum einen rennt unsere Motion somit offene Türen ein. Zum andern erscheint es uns wichtig, den politischen Support und Auftrag auch von unserer Seite zu geben, und dies aus zwei Gründen:

1. Die vorerwähnte Motion Streiff wurde immerhin von 52 Mitgliedern des Nationalrates aus allen Fraktionen unterstützt. Man will hier offenbar einen politischen Auftrag, einen politischen Support zur Stärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel. Diesen Willen möchten wir mit unserer Motion unterstützen, die aber an klare Evaluationsergebnisse, an einen Bericht anknüpft. Das erscheint uns als der zielführendere Weg. Es scheint uns besser, als nun einfach den Kantonen mehr Geld zu geben – übrigens ohne deren ausdrückliches Begehr und ohne klaren Hinweis, ob und wie viel Geld sie brauchen; das wäre der Inhalt der Motion Streiff gewesen.

2. Die schon erwähnte Evaluation hat gezeigt, dass es zur Wirksamkeit der Bekämpfung des Menschenhandels vor allem auch eine verstärkte politische Verankerung dieses Aktionsplanes auf allen Staatsebenen braucht. Ein Commitment unseres Rates gehört unseres Erachtens auch zu dieser politischen Verankerung. Damit drücken wir die Erwartung an Bund und Kantone aus, schon bestehende Zusammenarbeitsformen in diesem Bereich und die Prozesse noch zu optimieren, was gemäss Evaluationsbericht möglich ist. Mit diesen Worten bitte ich Sie um Unterstützung der Motion.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Ständerat Michel hat es gesagt, diese Motion rennt offene Türen ein. Sie wurde am 28. März 2022 eingereicht. Mein Departement hat aber bereits Ende 2021 mit der Ausarbeitung eines dritten nationalen Aktionsplanes begonnen. Ich ergreife nicht das Wort, weil ich die Motion bekämpfe, im Gegenteil: Der Bundesrat beantragt die Annahme. Aber ich möchte Ihnen ein paar aktuelle Informationen geben.

Der nationale Aktionsplan soll nun etwas anders ausgestaltet werden. Bis jetzt war er insofern recht informell, als er einfach departemental war und zusammen mit den Kantonen erstellt wurde. Das Fedpol und der Sicherheitsverbund Schweiz haben jetzt gemeinsam die Federführung. Das gibt eine grösere Verbindlichkeit, weil damit auch die Kantone viel stärker einbezogen sind, als sie es vorher waren.

Die Erkenntnisse aus der Evaluation des NAP 2017–2020 fliessen selbstverständlich in die Erarbeitung dieses dritten nationalen Aktionsplanes ein. Sie haben es bereits gehört: Die Schwerpunkte für die Erarbeitung des dritten nationalen Aktionsplanes liegen bei der Bekämpfung des Menschenhandels zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft. Aber es geht auch um Menschenhandel mit Minderjährigen und um Verbesserungen beim Opferschutz.

Das sind die Eckpfeiler des neuen Aktionsplanes. Dieser sollte bis Ende dieses Jahres vorliegen, also Ende 2022, und dann vom Sicherheitsverbund Schweiz – das ist hier in diesem Fall die politische Aufsicht – genehmigt werden; dies vielleicht einfach noch als Ergänzung.

Angenommen – Adopté

den Motionär. Er hat seine Motion nämlich genau am gleichen Tag eingereicht, an dem die erwähnte eingereicht worden ist. Aber das Prozedere läuft bei uns bekanntlich etwas schneller als im anderen Rat.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, auf diese zusätzliche Motion zu verzichten.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Frau Bundesrätin Keller-Sutter wünscht das Wort nicht. Der Bundesrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

Abgelehnt – Rejeté

21.3124

Motion Andrey Gerhard.

Vertrauenswürdige staatliche E-ID

Motion Andrey Gerhard.

**A l'Etat de mettre en place
une identification électronique fiable**

Nationalrat/Conseil national 18.06.21

Nationalrat/Conseil national 14.09.21

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.22

21.3125

Motion Grüter Franz.

Vertrauenswürdige staatliche E-ID

Motion Grüter Franz.

**A l'Etat de mettre en place
une identification électronique fiable**

Nationalrat/Conseil national 18.06.21

Nationalrat/Conseil national 14.09.21

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.22

21.3126

Motion Marti Min Li.

Vertrauenswürdige staatliche E-ID

Motion Marti Min Li.

**A l'Etat de mettre en place
une identification électronique fiable**

Nationalrat/Conseil national 18.06.21

Nationalrat/Conseil national 14.09.21

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.22

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, die Motion abzulehnen.

Caroni Andrea (RL, AR), für die Kommission: Diese Motion möchte das bewährte Stockwerkeigentumsrecht modernisieren. Ihre Kommission teilt dieses Anliegen. Sie hat aber dennoch genau einen Grund, diese Motion trotz inhaltlichem Support zur Ablehnung zu empfehlen, und zwar einhellig. Vor zweieinhalb Jahren wurde nämlich bereits eine Motion mit genau demselben Inhalt angenommen; die bundesrätlichen Arbeiten laufen. Wir sehen daher als Kommission keinen Grund, hier doppelt zu moppeln. Das ist kein Vorwurf an

